

Zitat des Tages

Was mich besorgt, ist nicht allein die militärische Schwäche, sondern die mentale.

Exbundespräsident Joachim Gauck äußerte sich am Dienstag im Blog »Gedanken aus Washington D. C.« zur Kriegsertüchtigung Deutschlands und Europas. Man müsse sich »emotional, moralisch, politisch« auf Aufrüstung vorbereiten.

Hamburg: NSU-Akten vorenthalten

Hamburg. Zu der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Ermordung von Süleyman Taşköprü durch den »Nationalsozialistischen Untergrund« am 27. Juni 2001 in Hamburg werden dem von der »rot-grünen« Regierungskoalition beauftragten Forschungsteam Informationen vorenthalten. Das geht aus einer kleinen Anfrage des Linke-Abgeordneten Deniz Çelik hervor, wie die Fraktion der Partei in der Hamburgischen Bürgerschaft am Dienstag mitteilte. Demnach hätten die Forscher von der Polizei ausschließlich Akten erhalten, die den verschiedenen Untersuchungsausschüssen bereits vorgelegt wurden. Das Landesamt für Verfassungsschutz habe nur vorausgewählte und umfassend geschwärzte Informationen bereitgestellt; Angaben zu etwaigen V-Leuten seien nicht freigegeben worden. (f.w.)

Fall Krah: Anklage gegen Exmitarbeiter

Karlsruhe. Die Bundesanwaltschaft hat einen früheren Mitarbeiter des AfD-Politikers Maximilian Krah und eine mutmaßliche Komplizin wegen Spionage für einen chinesischen Geheimdienst angeklagt. Der Deutsche Jian G. soll wiederholt Informationen über Verhandlungen und Entscheidungen im EU-Parlament weitergegeben und chinesische Staatsbürger in der BRD ausgespäht sowie Informationen über führende AfD-Politiker zusammengetragen haben. Die Bundesanwaltschaft hatte ihn im April 2024 in Dresden festnehmen lassen. Nach der Festnahme der Chinesin erklärte Krah über den Kurznachrichtendienst X, es gebe keinerlei Zusammenhang zu seiner Tätigkeit. Die Beschuldigte habe nur mit seinem Exmitarbeiter kommuniziert. (dpa/f.w.)

Zustimmung gesichert

SPD-Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag beendet. Kandidatur Eskens für Parteivorstand unklar. Von Kristian Stemmler

CDU und CSU haben den Weg für eine »schwarz-rote« Koalition frei gemacht und am Montag ihre Kandidaten für die zehn Ministerposten benannt, die den beiden Parteien zustehen. Somit fehlte nur noch die Zustimmung der SPD-Basis zum Koalitionsvertrag mit der Union. Am Dienstag um 23.59 Uhr sollte die Abstimmung der 358.000 Mitglieder enden, an diesem Mittwoch das Ergebnis verkündet werden. Auch wenn es hier und da Widerspruch gab, wie von den Jusos, und die SPD in der 144 Seiten starken Vereinbarung einige »Kröten« schlucken muss, etwa beim sogenannten Bürgergeld, ist mit einer deutlichen Mehrheit für den Vertrag zu rechnen. Erfahrungsgemäß zählt der Machterhalt bei den Sozialdemokraten mehr als inhaltliche Bedenken.

Bei der Mitgliederbefragung ist neben der Stimmenmehrheit die Beteiligung von 20 Prozent der SPD-Mitglieder erforderlich. Dieses Quorum sei bereits erreicht, berichtete dpa am Montag. Das sei jedoch »kein Grund, sich jetzt die nächsten Stunden zurückzulehnen, wenn man noch nicht abgestimmt hat«, sagte Generalsekretär Matthias Miersch. Wenn das Mitgliedervotum wie erwartet ausgeht, will die SPD am kommenden Montag – einen Tag vor der geplanten Wahl von CDU-Chef Friedrich Merz zum Bundeskanzler – ihre sieben Minister bekanntgeben.

Der SPD-Politiker Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister von Kiel, rechnet mit einem Ja zu »Schwarz-Rot«. Unter den Mitgliedern herrsche zwar »teils eine große Unsicherheit«, jedoch gäbe es auch die Bereitschaft, am Entscheidungsprozess konstruktiv mitzuwirken«, erklärte er am Montag gegenüber Bild. Ein Kanzler Merz und der offenbar designierte Unionsfraktionschef



Noch sind sie Kovorsitzende: Lars Klingbeil und Saskia Esken bei der SPD-Dialogkonferenz in Baunatal (26.4.2025)

Jens Spahn seien allerdings »für viele Mitglieder noch immer ein rotes Tuch«, sagte Kämpfer. Durch das gemeinsame Abstimmen der Union mit der AfD im Bundestag im Januar sei viel Vertrauen verlorengegangen.

Offen ist weiterhin, wie es mit der SPD-Kovorsitzenden Saskia Esken weitergeht. Anders als im Jahr 2023 hat der Landesvorstand der baden-württembergischen SPD Esken nicht mehr für den Bundesvorstand nominiert, da die Parteivorsitzende keine Kandidatur vorgelegt hatte. Das Gremium schlug dpa zufolge neben Landeschef Andreas Stoch die Bundestagsabgeordneten Katja Mast und Isabel Cademartori als mögliche Vorstandsmitglieder vor.

Stoch erklärte, »in Absprache mit Saskia Esken« sei dieses Votum keine Vorentscheidung für die Frage, ob diese wieder als Parteivorsitzende kandidieren werde. Esken könnte auch ohne Nominierung durch ihren Heimatverband noch vom Bundesvorstand nominiert werden oder auf einem Parteitag spontan kandidieren. Die Parteiführung wird im Juni neu gewählt.

In der CDU geht unterdessen die Debatte über die Kandidaten für die Ministerposten der Partei weiter. Der designierte Kanzleramtsminister Thorsten Frei lobte Merz' Kabinettsliste. Im ZDF-»Heute-Journal« erklärte er, die Ministerriege sei eine »gute

Abbildung der Volkspartei«. Parteivize Karl-Josef Laumann wies indes die Kritik des »Arbeitnehmerflügels«, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), an der Bestückung der Ministerposten zurück.

Merz habe »ein gutes Kabinetts zusammengestellt«, sagte der NRW-Arbeitsminister, der bis zum vergangenen Jahr 19 Jahre lang an der Spitze der CDA stand, am Dienstag der Rheinischen Post. Der aktuelle CDA-Vorsitzende Dennis Radtke hatte am Montag gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt, er finde es »befremdlich und falsch, dass kein Vertreter der christlich-sozialen Wurzel unserer Partei Teil des Kabinetts ist«.

Zwiespältige Erinnerungskultur

Studie untersucht Haltung von BRD-Bürgern zur Nazivergangenheit. 38 Prozent für »Schlussstrich«

Anlässlich des Endes des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung von Vernichtungs- und Konzentrationslagern wie Auschwitz und Buchenwald vor 80 Jahren hat die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) am Dienstag ihre »Gedenkanstoß Memo-Studie« veröffentlicht, die – so die Darstellung der EVZ – eine »Diagnose zum Stand des kritischen Geschichtsbewusstseins in Deutschland« darstellen soll. Im Auftrag der Stiftung hatte das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld im Oktober 2024 insgesamt 3.911 Menschen

befragt. Die Autoren der Studie, die »die deutsche Wohnbevölkerung möglichst genau repräsentieren« will, haben dafür Personen mit »dauerhaftem Wohnsitz« in der BRD – mit und ohne deutscher Staatsbürgerschaft – einen Onlinefragebogen vorgelegt, wie die Stiftung erklärte.

Doch wie steht es um die hiesige Erinnerungskultur zur Nazivergangenheit? Zwar gaben 42,8 Prozent der Befragten an, es sei ihnen wichtig, an die Verbrechen des deutschen Faschismus zu erinnern. Allerdings stimmten auch 20,7 Prozent der Teilnehmer der Aussage zu, es sei in Ordnung, wenn

künftige Generationen sich nicht mehr mit der Nazizeit auseinandersetzen würden. 38,1 Prozent fanden sogar einen »Schlussstrich« – so die Formulierung der Umfrage – für richtig. Zwar lehnten 37,2 Prozent der Befragten diesen wiederum ab, allerdings stimmten auch 44,8 Prozent der Aussage »Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden« zu.

Allerdings wollen sechs von zehn Befragten – also 58,2 Prozent – die AfD nicht wählen. Tatsächlich sagten sogar rund 50 Prozent, die AfD sei ähnlich bedrohlich für die deutsche Gesellschaft wie früher die NSDAP. 57,7 Prozent hielten es für richtig, die AfD als »rechtsextrem« zu bezeichnen. So erklärte Martina Staats – Leiterin der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel – in der Studie: »Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation« sei auf keinen Fall mit der von 1933 vergleichbar. Denn im »Gegensatz zur Gesellschaft Anfang der 1930er Jahre« sei die BRD nicht »von existenziellen Wirtschaftskrisen und einer Weltkriegserfahrung betroffen«, so die Gedenkstättenleiterin. Demgegenüber steht, dass 44,1 Prozent der Studienteilnehmer der Aussage »Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können« zustimmten.

Aus Sicht von Joseph Wilson, Fachreferent der Stiftung, zeige die Studie, dass »antisemitische Einstellungen« in der Gesellschaft »präsent« seien. »Teils/teils«-Zustimmungswerte verdeutlichen zudem, so Wilson, dass »einzelne Veratzstücke antisemitischer Narrative auch dort präsent sind, wo Menschen antisemitischen Aussagen nicht zustimmen«.

So stimmten 25,9 Prozent der Befragten der Aussage zu: »Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus.« Die Behauptung »Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss« trugen 12,3 Prozent der Befragten mit. Das waren deutlich mehr als in vergleichbaren »Memo«-Studien 2022 (3,2 Prozent) und 2020 (2,4 Prozent). In der jetzigen Studie sagten zudem 44,4 Prozent der Befragten, sie sähen es als persönliche Verantwortung, solidarisch mit Juden in Deutschland zu sein. 23,3 Prozent lehnten dies ab, 32,1 Prozent antworteten mit teils/teils. 39,8 Prozent der Befragten widersprachen der Aussage »Deutschland hat eine besondere Verpflichtung gegenüber Israel«. Zustimmung fand sie bei 28,5 Prozent der Befragten.

Max Ongsiek

Täglich gratis:
Das Beste aus
junge Welt

NEWSLETTER
**LINKS
& BÜNDIG**

RECHTE BÜNDE

Hier bestellen:
jungewelt.de/eintragen

